

Brandschutzkontrollen «sehr positiv»

Basel | Fasnachtskeller-Betreiber nehmen Verantwortung wahr



Die Basler Fasnacht präsentiert sich farbenfroh – bis gestern verlief sie ruhig und sicher. Zudem ist die Abfallmenge kleiner als im Vorjahr. Bild zvg/Keystone/G. Kefalas

sda. Die Gebäudeversicherung Basel-Stadt hat am Montag 20 Stichprobe-Kontrollen in Fasnachtskellern durchgeführt. Diese seien «sehr positiv» verlaufen, wie es in einer Medienmitteilung von vorgestern Dienstag heisst. «Die Betreiberinnen und Betreiber sowie die Gäste nehmen ihre Verantwortung im Brandschutz wahr», hält die Gebäudeversicherung darin fest. In vielen Kellern sei die Einhaltung der maximalen Gästezahl durch Türsteher sichergestellt und es seien auch keine offenen Feuer festgestellt worden.

Fragen zur Brennbarkeit von Fasnachtsbändeli oder zum Umgang mit Schnitzelbankauftritten konnten vor Ort geklärt werden, wie es weiter heisst. Sämtliche Feststellungen hätten sich im Rahmen des direkten Austauschs bewegt. Bereits im Vorfeld

mussten keine behördlichen Verfügungen erlassen werden, wie die Gebäudeversicherung schreibt. Die geltenden Brandschutzvorgaben würden breit mitgetragen.

Nach der Brandkatastrophe von Crans Montana im Wallis Anfang Jahr, die dutzende Todesopfer und mehr als 100 Verletzte gefordert hat, hatte die Regierung des Kantons Basel-Stadt angekündigt, bei der Fasnacht genauer hinzuschauen. Gerade die Fasnachtskeller, in denen sich während der «drey scheenschte Dääg» oft viele Menschen auf engem Raum aufhalten, waren in den Fokus gerückt.

Die Gebäudeversicherung hatte im Vorgang 73 Keller kontrolliert und bei vielen die Notwendigkeit von Anpassungen bei der Fluchtwegsituation festgestellt. Zumeist konnte dies mit kleinen Verbesserungen erreicht

werden. Bei 18 Kellern hatte weiterer Klärungsbedarf bestanden, doch auch hier hatten Cliquen und Feuerpolizei einvernehmlich Massnahmen vereinbart.

Weniger Abfall als im Vorjahr

Rund 170 Tonnen Fasnachtsabfälle wurden bisher aus der Basler Innenstadt geräumt. Die Abfallmasse liegt unter jener am Vergleichszeitpunkt im vergangenen Jahr, wie das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) gestern mitteilte. Gründe dafür sind das dieses Jahr trockene Wetter sowie das Verbot von motorisierten Wagen am Fasnachtsdienstag. Vor allem Regen mache den Abfall schwerer. So hatte sich die geräumte Abfallmasse am Fasnachtsmittwoch 2025 auf rund 212 Tonnen belaufen, wie es damals seitens des BVD hiess. Im vergangenen Jahr hatte es während der Fasnacht teilweise geregnet.

Rund 280 Angestellte des BVD und der Basler Verkehrsbetriebe (BVB) sind während der Fasnacht mit 70 Fahrzeugen in der Stadt im Einsatz. Die Reinigungen seien jeweils nach den Umzügen sowie am Dienstag- und am Mittwochmorgen erfolgt. Die Tramgleise waren jeweils zu Betriebsbeginn wieder befahrbar und die Innenstadt bis 9 Uhr sauber. Nach der Reinigung der Oberfläche werden auch die Dolen und die Schlamm-sammler in der Kanalisation von «Räppli» befreit, damit das Wasser beim nächsten Regen ungehindert abfliessen könne.

Im vergangenen Jahr waren insgesamt rund 350 Tonnen Fasnachtsabfälle entsorgt worden.

PARTEIEN

Für die Einführung der Individualsteuer

Sissach | Überparteiliche Aktion am Bahnhof

Am 8. März stimmen wir über die Individualbesteuerung ab. Eine breite Allianz von FDP, GLP, SP, Grünen und vielen Verbänden unterstützt die Einführung einer Individualsteuer. Heute bezahlen verheiratete Paare mehr Steuern als unverheiratete Paare mit gleichem Einkommen. Neu soll jede Person einzeln besteuert werden, unabhängig vom Zivilstand. Das ist fair. Das Steuersystem wird einfacher, weil komplizierte Umstellungen bei Heirat, Scheidung oder Todesfall wegfallen – für Steuerzahlende und -behörden.

In einer überparteilichen Aktion haben wir vergangene Woche frühmorgens am Bahnhof Sissach Flyer und Schoggiherzen verteilt und die Pendlerinnen und Pendler von einem Ja überzeugt. Es ist höchste Zeit, die unfaire Heiratsstrafe abzuschaffen und einen grossen Meilenstein für die Gleichstellung zu setzen – deshalb sagen wir überzeugt Ja zur Individualbesteuerung und danken für jede Stimme!

Florence Brenzikofer, Nationalrätin Grüne, Oltingen



Sandra Jenni (FDP), Florence Brenzikofer, Maya Graf (beide Grüne), Svenja Pichler (FDP) und Tea Virolainen (Stechpalme, von links) Bild zvg

Politikerinnen und Politiker äussern sich

Schweiz/Baselbiet | Abstimmungsempfehlungen im Hinblick auf den 8. März in Form von Leserbriefen

Gerichtsinitiative

Transparenz und Mitwirkung? Keine Spur!

Die Initiative mit dem hehren Namen ist eine Mogelpackung! Hauptsächlich soll sie grossen Verbänden die Möglichkeit geben, neue Gesetzesprojekte, die sie stören, zu verhindern oder zumindest lange zu verzögern. Zur Beschwerde legitimiert wären nämlich eine grosse Anzahl natürlicher Personen sowie Unternehmen, Körperschaften, Vereine, Verbände, die ihre Interessen tangiert sehen. Das Verfahren ist aufwendig und kostet Zeit und Geld. Der Gesetzgeber wird sich darum zweimal überlegen müssen, ob er ein Anliegen – und sei es noch so legitim – überhaupt in eine Gesetzesvorlage umsetzt, wenn es kontrovers diskutiert wird. Das nimmt dem Parlament jede Chance, zeitnah auf Entwicklungen jedweder Art gesetzgeberisch zu reagieren.

Sind das Transparenz und Mitwirkung, wie sie der Schweizer Demokratie entsprechen? Für mich nicht! Ich möchte an der Urne entscheiden und nicht über formalistische Machtspielchen im Vorfeld. Stimmen auch Sie gegen diese Geiselhaft des Gesetzgebers und lehnen Sie die «Transparenz- und Mitwirkungsinitiative» ab!

Simone Abt, Landrätin SP, Binningen

Tempo-30-Abstimmung

Tempo 30 auf Hauptachsen nur mit dem Volk!

Im Abstimmungskampf zur Initiative «Tempo 30 vors Volk» wird vieles vermischt. Darum braucht es Klarheit: 2-mal Ja auf dem Stimmzettel Nummer 5 bedeutet, dass Tempo 30 auf Hauptachsen nur mit Zustimmung der Bevölkerung eingeführt werden kann. Die Gegner behaupten – faktenfrei und unzutreffend –, dass mit dieser Vorlage jede sinnvolle Temporeduktion blockiert würde. Aber so ist es eben gerade nicht.

Die Vorlage verbietet Tempo 30 nicht – sie verlangt lediglich, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das letzte Wort haben. Gerade weil immer wieder von «flächendeckenden Lösungen» die Rede ist, braucht es ein basisdemokratisches Sicherheitsventil. Hauptstrassen sind keine Quartierstrassen. Sie sichern Verkehrsfluss, Erreichbarkeit und wirtschaftliche Abläufe. Wenn hier grundlegend in die Verkehrsführung eingegriffen wird, betrifft das weit mehr als nur einzelne Anwohnerinnen und Anwohner. Tempo 30 bedarf deshalb zwingend der Zustimmung des Stimmvolks. Ich empfehle, auf dem Stimmzettel Nummer 5 2-mal Ja zu schreiben.

Markus Meier, Landrat SVP, Ormalingen

Achtung, Widerspruch!

Die aktuelle Diskussion rund um die Initiative «Tempo 30 vors Volk» zeigt einen grundlegenden Widerspruch auf. Einerseits wird angeführt, Tempo 30 sei ein wichtiges Instrument für mehr Sicherheit und weniger Lärm. Andererseits wird von den Gegnern kritisiert, dass künftig das Volk über Tempo 30 auf Haupt- und Kantonsstrassen abstimmen soll. Doch wenn Tempo 30 tatsächlich so klar im Interesse der Bevölkerung liegt, weshalb sollte man dann Angst vor einer Volksabstimmung haben?

Gerade weil es hier nicht um einzelne Quartierstrassen, sondern um zentrale Hauptachsen geht, ist eine breite demokratische Legitimation entscheidend. Diese Hauptstrassen betreffen Pendlerinnen und Pendler, Gewerbe, den öffentlichen Verkehr und den ganzen Verkehrsfluss. Ein Entscheid mit solch weitreichenden Auswirkungen sollte breiter im Volk abgestützt sein. Demokratie ist kein Hindernis, sondern ein Qualitätsmerkmal. Wenn eine Massnahme wirklich überzeugt, wird sie auch eine Mehrheit finden. Darum stärkt 2-mal Ja zur Initiative und zum Gegenvorschlag nicht Tempo 30, sondern die Mitsprache.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP, Thürnen

Klimafonds

Ja zur Klimafonds-Initiative

Die Schweiz rühmt sich ihres dichten ÖV-Netzes – doch bei der «letzten Meile» klaffen Lücken, besonders in ländlichen und bergigen Regionen. Der Klimafonds schliesst diese gezielt: mit On-Demand-Bussen, touristischen Angeboten oder neuen Kleinbuslösungen.

Mobilität darf kein Privileg der Zentren sein. Auch das Velo – dank E-Bikes so attraktiv wie nie – braucht endlich sichere, vom Autoverkehr getrennte Routen. Wer den Umstieg will, muss Infrastruktur liefern. Genau hier setzt der Klimafonds an.

Und bei der Elektromobilität? Die Schweiz hinkt hinterher, nicht aus mangelndem Willen, sondern wegen fehlender Ladeinfrastruktur – insbesondere für die 61 Prozent der Bevölkerung, die zur Miete wohnen. Der Klimafonds verbessert die Rahmenbedingungen und sorgt für weniger Abgase und Lärm. Der Klimafonds ist kein Luxus, sondern eine Investition in saubere, faire und zukunftsfähige Mobilität – für Stadt und Land.

Deshalb am 8. März ein Ja zur Klimafonds-Initiative, wie auch kantonal zur Solar-Initiative.

Juliana Weber Killer, Landrätin SP, Allschwil

SRG-Initiative

Nein zur Anti-SRG-Initiative

Lauberhorn-Abfahrt, «SRF bi de Lüt», «Donnschtig-Jass», «10 vor 10», «Tschugger» oder «Einstein». Schauen Sie mindestens eine dieser Sendungen der SRG? Oder hören Sie ab und zu das «Echo der Zeit» oder nutzen Sie die SRF News- und Sport-App? Ich auf jeden Fall.

Die SRG bietet eine breite Palette qualitativ hochwertiger Angebote und sorgt damit gleichzeitig für den Zusammenhalt in unserem Land. Ich schätze an der SRG ihre Unabhängigkeit und ihre solide Basis. Eine Zustimmung zur Anti-SRG-Initiative würde dazu führen, dass nur noch im Fernsehen gesendet wird, was sich finanziell lohnt. Regionaljournalismus, Kultur und Berichte aus allen Landesteilen würden verschwinden. Die Fussball-WM, Schweizer Serien oder die Lauberhornabfahrt wären nur noch mit teuren Abonnements zugänglich. Das möchte ich nicht. Aus diesem Grund stimme ich Nein zur Anti-SRG-Initiative.

Jan Kirchmayr, Landrat SP, Aesch

Schreiben Sie uns

redaktion@volksstimme.ch
www.volksstimme.ch